

8. Interpellation von Andrea Vonlanthen vom 5. Mai 2010 "Der Zürcher Zeitungsdeal und die Konsequenzen für den Thurgau" (08/IN 41/241)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort für eine kurze Erklärung.

Vonlanthen, SVP: Im Kanton Thurgau geht eine mehr als zweihundertjährige Epoche der Presse- und Verlagsgeschichte zu Ende. Der Thurgau verliert Ende Jahr die letzte und einigermaßen eigenständige kantonale Tageszeitung. Er sieht sich dem mächtigen Monopol des "St. Galler Tagblatt" unterworfen. Im Jahr 2005 gab es vom neuen Eigentümer der "Thurgauer Zeitung" ganz anders lautende Versprechungen. Der Regierungsrat reagiert jetzt ungewohnt entrüstet. Doch er mässigt sich gleich selber und spricht auch von Zuversicht. Ist das alles? Als Legislative des Kantons, die von der aktuellen Presseentwicklung selber stark betroffen ist, haben wir dazu wohl einiges zu sagen. Darum **beantrage** ich Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit 43:3 Stimmen beschlossen.

Diskussion

Vonlanthen, SVP: Der schnelle Tod der "Thurgauer Zeitung" (TZ) beginnt im Herbst 2005. Damals noch immer ein blühendes Unternehmen, wird die TZ für 57 Millionen Franken an das Zürcher Medienhaus Tamedia AG verschertelt. Die Absichtserklärungen des Mediengiganten punkto unabhängiger Entwicklung der "Thurgauer Zeitung", starker Regionalpresse und Standort Frauenfeld, tönen einigermaßen beruhigend. Der Regierungsrat zitiert sie in seiner Antwort schön detailliert. Eingehalten wurde null und nichts. Und jetzt wird die "Thurgauer Zeitung" von der NZZ-Gruppe geschluckt und in einem Tauschhandel dem Ostschweizer Marktmonopolisten nachgeworfen. Das bedeutet: 1. Es ist der endgültige Todesstoss für die letzte kantonale Zeitung. Medienpolitisch gleicht das einer historischen Katastrophe. 2. Es entsteht ein gravierender Verlust an Medienvielfalt und publizistischem Wettbewerb. Weniger Wettbewerb führt zu weniger Qualität, weiter sinkenden Leserzahlen und noch weniger informierten Staatsbürgerinnen und -bürger. Die Entwicklung zum unpolitischen Schlafmützenjournalismus wird sich verstärken. 3. Es entsteht ein dramatischer Verlust an Thurgauer Identitätsstiftung. Die "Thurgauer Zeitung" stand für Thurgauer Tradition, Kultur, Eigenart und Eigenständigkeit wie die unverwechselbare Landschaft und der einzigartige Most. 4. Was sich hier abspielt, ist verheerend für die Glaubwürdigkeit der Medien an sich und nicht nur eines kühl kalkulierenden Verlags. Wie reagiert der Regierungsrat? Er zeigt sich enttäuscht und entrüstet

wie kaum einmal in den letzten Jahren gegenüber einem Gesprächspartner. Das Vertrauen in die Verleger habe ganz klar gelitten. Der Regierungspräsident schreibt in einem Exklusivbeitrag für die "Weltwoche", er sei selten so getäuscht worden. Doch letztlich zeigt er sich aufgrund der Erfahrungen mit dem "Tagblatt" bereits wieder zuversichtlich. Man werde mit den Leuten reden und die Erwartungen nochmals deutlich artikulieren. Welche Erwartungen sind da gemeint? Welche angedeuteten Chancen soll diese Entwicklung dem Kanton bieten? Etwa der baldige Anschluss an einen Kanton Ostschweiz? Wir brauchen keine gestärkte Ostschweizer Pressestimme, wie der Chefredaktor des "St. Galler Tagblattes" wortreich frohlockt. Wir brauchen eine profilierte Thurgauer Stimme. Der Regierungsrat wird sich noch über den politischen Einfluss des neuen Ostschweizer Monopolblattes wundern. Dass zwischen den St. Galler und den Thurgauer Medienhäusern wesentliche kulturelle Unterschiede bestehen, zeigen die Reaktionen auf die Antwort des Regierungsrates zu dieser Interpellation. Das "Tagblatt" titelte: "Zeitungsfusion: Regierung zeigt sich zuversichtlich". Die "Thurgauer Zeitung" titelte am gleichen Tag: "Erneut harsche Kritik an Tamedia AG". Das sind ziemlich unterschiedliche Töne. Nur schon aufgrund dieser medienkulturellen Unterschiede zeugt es von wenig psychologischem Feingefühl, dass die künftige Kopfblatt-TZ von einem Mann aus dem Hause "Tagblatt" geleitet werden soll. Was ist vom Regierungsrat zu erwarten? 1. Er hat der Information und der Meinungsbildung im Kanton noch mehr und noch bewusster Aufmerksamkeit zu schenken. 2. Er hat die letzten eigenständigen Lokalblätter in Altnau und Steckborn und auch neue Initiativen zur Informationsvermittlung, wie im Südthurgau angekündigt, mit allen verantwortbaren Mitteln zu fördern. Er hat allfällige Medienpioniere, die sich eine neue kantonale Qualitätszeitung vorstellen könnten, entschieden zu motivieren. 3. Er hat gegenüber dem "Tagblatt" einen unabhängigen Thurgauer Beirat und auch einen Verwaltungsratssitz zu fordern, der die Thurgauer Interessen wirkungsvoll in die neue Einheits- und Monopolzeitung einbringt. Zu fordern ist ebenso eine unabhängige Ombudsstelle. 4. Er hat verbindliche Zusagen für einen starken Redaktionsstandort Frauenfeld und weitere Thurgauer Redaktionsstandorte zu fordern, selbstverständlich ebenso für den Titel "Thurgauer Zeitung". 5. Er hat klare Konsequenzen anzudrohen für den erneuten Fall, dass Zusagen nicht eingehalten werden. 6. Die Beziehungen zur Tamedia AG sind bis zu einer offiziellen Entschuldigung für deren unredliches und unannehmbares Verhalten einzufrieren. Ich bitte den Regierungsrat, nicht nur kräftig auf den Tisch zu hauen, sondern auch klare Zusagen zu verlangen und Alternativen zu prüfen. Für unseren Kanton steht zu viel auf dem Spiel. Kuschelpolitik bringt uns hier genauso wenig weiter wie Kuschelpädagogik. In Freiburg haben 3'000 Personen gegen die Schliessung der Brauerei "Cardinal" demonstriert, da "Cardinal" ein Teil der Freiburger Identität sei. Wer demonstriert im Thurgau gegen die Schliessung der "Thurgauer Zeitung"? Ist eine gute Zeitung etwa weniger Teil der Identität als gutes Bier? Die Antwort möchte ich aber nicht dem Biertisch überlassen.

Parolari, FDP: Ich spreche für die FDP-Fraktion und aus persönlicher Sicht, weil ich in meiner Funktion als Stadtkammann von Frauenfeld direkt in diverse Besprechungen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Tamedia AG und dem Regierungsrat involviert war. Dem Interpellanten ist darin recht zu geben, dass der Zürcher Zeitungsdeal Mitte April dieses Jahres ungläubiges Staunen hervorrief. Das Erstaunen wich rasch der Frustration aber auch der Wut darüber, brandschwarz angelogen worden zu sein. Hatte beim Verkauf der "Thurgauer Zeitung" im Jahr 2005 lange Zeit die NZZ-Gruppe die Nase vorne, überbot die Tamedia AG bekanntlich kurz vor der Vertragsunterzeichnung und übernahm die TZ im September 2005 überraschend. Sowohl dem Regierungsrat wie auch mir persönlich wurde in verschiedenen Gesprächen mit dem damaligen Verwaltungsratspräsidenten, Hans Heinrich Coninx, und dem CEO der Tamedia AG, Martin Kall, genannt Kalaschnikow, versichert, dass zur "Thurgauer Zeitung" und zum Standort Frauenfeld grösste Sorge getragen, dieses Engagement langfristig angelegt sei und man für alle Unternehmensteile gute Lösungen finden werde. In der Folge wurde das Unternehmen regelrecht filetiert. Für die ehemalige Buchhandlung und den Buchverlag wurden zwar Lösungen gefunden, alle anderen Versprechungen der Tamedia AG lösten sich in Schall und Rauch auf. Ich habe Kalaschnikow gesagt, dass ich ihm nicht glaube und eine Wette machen möchte: Spätestens in einem Jahr wird in der Druckerei Huber & Co. AG nicht mehr gedruckt. Der CEO meinte, wo ich denn hindenken würde. Wir könnten um eine gute Flasche Wein wetten. Die Druckerei bleibe langfristig in Frauenfeld und investiere weiter. Es verging kein halbes Jahr, bis die Druckerei verkauft und geschlossen wurde. Wie ich heute weiss, war das von Anfang an die festgelegte Strategie der Tamedia AG. Leider habe ich bei der Wette nicht eingeschlagen, sonst hätte ich wenigstens mit dem Wein meinen Frust hinunterspülen können. Seit die "Thurgauer Zeitung" im Jahr 2007 mit dem "Winterthurer Landboten" einen Zeitungsverbund bildete, dessen Mantel und Erscheinungsbild übernahm und grösstenteils auch in Winterthur produziert wurde, gab es zumindest in Frauenfeld erhebliche Befürchtungen, dass die TZ vom "Winterthurer Landboten" geschluckt werden würde. Diese Befürchtungen habe ich der damaligen Chefredaktorin persönlich mitgeteilt und auf eine selbstsichere und selbständige Thurgauer Berichterstattung gedrängt. Diesen Frühling kam mit dem Zürcher Zeitungsdeal ohne jegliche Ankündigung alles ganz anders und die Ausgangslage drehte sich um hundertachtzig Grad. In Frauenfeld gab es früher drei unabhängige Tageszeitungen. Ab Januar 2011 wird es, ausser zwei gratis Wochenblättern, keine lokal produzierte Tageszeitung mehr geben. Der Verlust der Medienvielfalt ist zu bedauern, aufhalten können wir ihn jedoch nicht. Aber auch der Blick in die Zukunft macht die FDP-Fraktion nicht wirklich froh. Wenn Philipp Landmark, Chefredaktor des "St. Galler Tagblattes", verspricht, die "Thurgauer Zeitung" werde aufgewertet, dann "trifft" mich doch gleich Johann Wolfgang Goethes "Faust": "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Wenn der Mantel neu aus vier Bunden besteht, und im vierten Bund die ganze Ostschweiz abgebildet werden soll, können Sie sich selber ausrechnen, wie viel Thurgau es dann noch

geben wird. In welchem Bund erscheint dann die Regionalberichterstattung? Etwa in Bund fünf? Wenn Herr Landmark sich zitieren lässt: "Mit dem Zusammenschluss erhält die Ostschweiz eine neue starke Stimme", beunruhigt das mehr, als es erfreut. "Informationsmonopol" wäre dafür wohl der treffende Ausdruck. Solche Monopole waren aber noch nie segensreich. Die FDP-Fraktion ist dem Regierungsrat dankbar, dass er in dieser Angelegenheit klare Worte der Entrüstung gegenüber Tamedia AG gebraucht hat und in Zukunft die Anliegen des Thurgaus bei der neuen Redaktion des "Tagblattes" deponieren wird. Gemeinsam müssen wir für den Namen "Thurgauer Zeitung" und für eine gleichberechtigte Stimme in St. Gallen ebenso kämpfen wie für einen starken Redaktionsstandort in Frauenfeld und eine angemessene kantonale und regionale Berichterstattung.

Theler, GP: Die GP-Fraktion war ursprünglich gegen Diskussion, weil der Regierungsrat alle Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet hat. Dass es früher oder später zu einer Fusion beziehungsweise einer Übernahme zwischen den beiden Blättern kommen würde, war meines Erachtens nicht wünschbar aber abzusehen. Dass die Tamedia AG gegenüber dem Regierungsrat Versprechungen machte und diese nicht einhielt, ist bedauerlich, enttäuschend und, wenn so geschehen wie von Kantonsrat Parolari gehört, skandalös. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort erwähnt, hat er keine rechtlichen Möglichkeiten zu reagieren oder agieren. Da Medien unabhängig sein sollten, würde ich solche rechtlichen Möglichkeiten auch nicht begrüßen. Mir scheint, dass der Regierungsrat seinen möglichen Spielraum nutzt, obwohl dieser leider nicht gross ist. Angesichts der Marktsituation mit langfristig sinkenden Leserinnen- und Leserzahlen und Inserateinnahmen für die Pressepublikationen, müssen wir uns glücklich schätzen, wenn wir im Thurgau noch eine Zeitung halten können. Ich möchte aber nicht, dass man ein zu schwarzes Bild malt, wie es der Interpellant gemacht hat. Wir unterstützen es, wenn sich der Regierungsrat bei den Gesprächen mit der Tamedia AG für eine möglichst Thurgauische Zeitung einsetzt. Forderungen stellen, wie es Kantonsrat Vonlanthen verlangt, kann er nicht. Das ist eine Illusion und Versprechungen nützen uns auch nicht viel.

Ackerknecht, EVP/EDU: Für die EVP/EDU-Fraktion ist die Antwort des Regierungsrates offen und detailliert, wenn auch etwas wenig beherzt, ausgefallen. Auch unsere Fraktion ist über die Entwicklungen bei der "Thurgauer Zeitung" nicht glücklich und hat deshalb Sympathie für den Vorstoss. Dabei liegt bei uns der Fokus aber mehr in der zukünftigen Entwicklung der Medienlandschaft. Wir alle wissen, dass dieser Markt noch immer im Umbruch ist. Gratiszeitungen, Internet und andere Medien machen den Tageszeitungen zu schaffen. Ein Grundsatz bleibt: Es geht um einen freien Markt, an dessen Entwicklung wir letztlich alle in irgendeiner Form beteiligt sind. Wir werden sehen, welche neuen Instrumente und Wege nötig sind, um die Bevölkerung über die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen mit qualitativ ausgewogenen Nachrichten zu versorgen. Im Mo-

ment beurteilt unsere Fraktion die Berichterstattung der "Thurgauer Zeitung" als gut. So werden bei Grossratsgeschäften jeweils alle Parteien erwähnt. Hingegen hat die regionale Gewichtung leider an Substanz verloren. Wir hoffen sehr, dass das "Tagblatt" unserem Kanton und insbesondere den Regionen in Zukunft das gewünschte Gewicht geben wird.

Brühwiler, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die schnelle und ausführliche Beantwortung der zehn Fragen zum unschönen Zürcher Zeitungsdeal. Die Beantwortung innerhalb weniger als sechzig Tagen zeigt, wie wichtig und ernst der Regierungsrat die unerfreulichen Veränderungen und Entwicklungen in der Thurgauer Landschaft zur Kenntnis genommen hat. Zu spät hat er die Absichten und die unverbindlichen Worte unehrlicher Verleger erkannt. "Lügen wie gedruckt" ist eine Redewendung, die aus der Zunft und Branche der Buch- und Zeitungsmacher stammt. Die Frage mag naiv sein, hat aber ihre Berechtigung: Muss eine Branche, die uns Politikerinnen und Politiker fast täglich unehrlich brandmarkt, höhere moralische Ansprüche erfüllen, wenn es in eigener Sache um die Wahrheit geht? So wie wir wissen, dass einerseits Zeitungs- und anderes Papier vieles annimmt, müssen wir andererseits wieder einmal zur Kenntnis nehmen, dass CEO und Geschäftsvorsitzende in grossen Worten unternehmerische Absichten und Aussagen predigen können, ohne für das Versprechen belangt zu werden. Als im Jahr 2005 die Tamedia AG die "Thurgauer Zeitung" kaufte, hiess es im Pressecommuniqué: "Mit der Übernahme sichert sich Tamedia AG die langfristige Unabhängigkeit der "Thurgauer Zeitung" und die Medienvielfalt im Kanton Thurgau." Unabhängigkeit? Vielfalt? Unehrllicher und scheinheiliger geht es nicht mehr. Es wäre ehrlicher gewesen, von Synergien, Ökonomie und Optimierung zu sprechen. Nicht nur die Thurgauer sind so einfältig, dass sie den Worten eines Verlegers glauben. Im Kanton Bern versicherte Charles von Graffenried jahrelang, seine "Berner Zeitung" werde stets bernisch bleiben, um sie dann nach Zürich zu verkaufen. Da versicherte Matthias Hagemann jahrelang, seine "Basler Zeitung" werde in der Familie bleiben. Natürlich verkaufte er sie dann an Tito Tettamanti. Und da versicherte der in den Zürcherdeal involvierte Tamediachef, Martin Kall, seiner Belegschaft, das Gratisblatt "News" werde weiter erscheinen, um es kurz darauf einzustellen. Wirtschaftliche Interessen beenden in Frauenfeld eine über zweihundertjährige Zeitungstradition, lassen im Kanton Thurgau eine bunte und anspruchsvolle Medienvielfalt verstummen und hinterlassen beim Regierungsrat Bedauern und Entrüstung. Zu Recht bemerkt der Regierungsrat, dass mit dem Verlust einer der beiden Tageszeitungen die Medienvielfalt im Thurgau weiter abnimmt und er diese Entwicklung als höchst unerfreulich wertet. Was früher die "Hinterthurgauer Regionalzeitung", der "Thurgauer Volksfreund", das "Thurgauer Tagblatt", die "Bischofszeller Nachrichten" usw. für jede Region an Identität und Originalität bedeutete, war für weite Teile des Kantons am Schluss die "Thurgauer Zeitung". Mit der TZ geht das Identifikationsblatt des Thurgaus verloren. Eine neue Art des Journalismus wird im Kanton Einzug

halten. Mit der Monopolsituation droht die grosse Gefahr der ungesunden Monokultur und des Einheitsbreis, denn mit dem Verlust an Wettbewerb entsteht auch ein Qualitätsverlust. Traditionell spielt die Presse in der Schweiz eine zentrale publizistische Rolle in der politischen Auseinandersetzung. Vor ein paar Wochen schlug auch die Wissenschaft Alarm. Kurt Imhof, Soziologieprofessor an der Universität Zürich, bemerkte im vorgestellten Jahrbuch "Qualität in den Medien", der Qualitätsverlust der Medien sei bedenklich und eine Bedrohung für die direkte Demokratie. Wenn sich auch diese Aussage vor allem auf den episodischen Journalismus beruft, so ist sie doch nicht von ungefähr und könnte im Thurgau früher als erwartet Tatsache werden. Relevanz, Recherche und Vielfalt sind die drei wichtigsten Qualitätsmerkmale im Journalismus. Hier würden wir vom Regierungsrat das gleiche Engagement und die gleichen klaren Worte erwarten, mit denen er den Zeitungsdeal und die nicht eingehaltenen Zusicherungen gegenüber Tamedia AG zum Ausdruck brachte. Es ist für die Thurgauer Bevölkerung ein schwacher Trost, in Zukunft nur noch eine Zeitung mit den besagten Qualitätsverlusten zu haben. Qualitativ guter Journalismus ist nicht umsonst zu haben. Will der Regierungsrat glaubwürdig bleiben, braucht es klare Worte und Botschaften, was er und das Thurgauer Volk von den neuen Zeitungsmachern erwarten. Zu überlegen ist, ob dieser Begleitprozess von einer Art Presserat begleitet und unterstützt werden sollte.

Dr. Merz, CVP/GLP: Die Situation ist auch aus Sicht der CVP/GLP-Fraktion sehr unbefriedigend. Die Beteuerung im Jahr 2005, die Zusammenarbeit sei langfristig und die Unabhängigkeit und Medienvielfalt im Thurgau gesichert, war offensichtlich völlig hohl. Wenn keines der Versprechen der Tamedia AG eingelöst wurde, ist das sehr bedenklich. Zeitungen spielen als Rückgrat der politischen Information nach wie vor eine ganz zentrale Rolle, auch wenn der Kanton durch andere Medien ebenfalls versorgt ist. Die Situation wird mit Sicherheit zu einem Problem. Selbst wenn im besten Fall die neue "Thurgauer Zeitung" ihr Monopol nicht ausnützt, besteht doch eine Reduktion der Meinungsvielfalt. Eine Zeitung prägt nicht nur Meinungen, sondern in einem sehr hohen Mass auch das, worüber man überhaupt nachdenkt und spricht. Lokalfernsehen, Lokalradio, Regionaljournal usw. werden dadurch noch wichtiger. Da und dort werden mit Sicherheit neue Initiativen entstehen, die im Rahmen des Möglichen unterstützt werden müssen. Wir sind beim Mediensystem mit der Grundschwierigkeit konfrontiert, dass der Staat und die Gesellschaft auf eine vierte Gewalt angewiesen sind, die funktioniert, deren Finanzierung aber nicht öffentlich gesichert ist. Hier kann man schlecht an wirtschaftlich eigenständige Betriebe Forderungen stellen. Die Schwierigkeiten werden mit der noch bevorstehenden gewaltigen Medienumwälzung in Zukunft allerdings nicht kleiner. Wenn wir uns mit der Frage befassen, in welche Richtung sich die Medien entwickeln werden, stehen wir erst am Anfang. Die Grundfrage, die uns alle betreffen und beschäftigen wird, lautet: Wie werden wir ein Mediensystem gestalten, das sicherstellt, dass auch in Zukunft fundierte Meinungen und Inhalte und qualitativ hochwertige Informationen zur Ver-

fügung stehen? Dass auf kantonaler Ebene wenig machbar ist, wird die Schwierigkeit sein. Da sind Fragen offen, die mindestens auf nationaler Ebene angegangen werden müssen. Die CVP/GLP-Fraktion ist mit der Beurteilung in der Antwort des Regierungsrates einverstanden. Es bestehen weder gesetzlicher Handlungsbedarf noch gesetzliche Möglichkeiten. Wir sind froh um die klaren Worte der Entrüstung des Regierungsrates. Für uns ist sehr wichtig, dass sowohl der Regierungsrat als auch weitere Vertreterinnen und Vertreter des Kantonsparlaments und anderer Institutionen auf eine Thurgauer Stimme in der neuen Zeitung drängen. Auch wenn wir keine Forderungen stellen können, müssen wir als starker und selbstbewusster Kanton und nicht nur als Miniaturpartner in der Ostschweiz auf eigenständige Berichterstattung pochen. Die Medien sind die vierte, die Bürgerinnen und Bürger die fünfte Gewalt, die qualitativ hochwertige Informationen suchen.

Gubser, SP: Auch die SP-Fraktion bedauert das Ende der "Thurgauer Zeitung" und die Einkehr eines Monopols. Ich finde es aber etwas vermessen, so aufzuheulen, wie wir das jetzt erleben. Die Gewerkschaften haben in Rezessionsjahren schon oft erlebt, wie Betriebe zusammengelegt und die Belegschaft auf die Strasse geschickt wurden. Wo waren da die bürgerlichen Parteien? Wo haben sie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekämpft? In den bisherigen Voten habe ich nichts über die beschäftigten Personen gehört. Es liegt mir aber am Herzen, dass beispielsweise Redaktorinnen und Redaktoren ihrer Arbeit nachgehen können und eine Beschäftigung haben. Streuen wir also nicht Sand in unsere Augen. Wir hatten schon jetzt eine Monopolsituation. In Frauenfeld gab es nur die "Thurgauer Zeitung", in Arbon nur das "Thurgauer Tagblatt". Mit dem Monopolcharakter sind unsere Redaktorinnen und Redaktoren eigentlich ganz gut umgegangen. Wenn man die Zeitungen in den letzten Jahren verfolgt hat, durfte man mit Befriedigung feststellen, dass sie allen Parteien und Gruppierungen ein Sprachrohr boten. Das kann auch künftig der Fall sein. Früher habe ich erlebt, dass meine Leserbriefe von Kantonsrat Vonlanthen zensuriert wurden. In den letzten Jahren ist das nie mehr geschehen. Da haben sich die grossen Zeitungen, auf die man jetzt so schimpft, von reinen Parteiblättern zu eigentlichen Forumszeitungen entwickelt, die allen eine Stimme geben. Es wäre an der Zeit, dass wir uns alle dafür einsetzen, dass die Zeitungen nicht nur das schreiben, was wir wollen, sondern eine gewisse Vielfalt bieten, damit die Berichterstattung über unseren Kanton gewährleistet ist. So sollen konkret zwei oder drei Seiten über den Thurgau und gleichviel Seiten über den Lokalsport berichten. Wir sollten uns auch dafür einsetzen, dass die Redaktorinnen und Redaktoren, die im Thurgau arbeiten und gute Arbeit leisten, das auch weiterhin tun können.

Schneider, SVP: Auch ich traure der Zeit nach, als eine Viehauktion noch eine ganze Seite im "Thurgauer Volksfreund" oder im "Thurgauer Tagblatt" beanspruchte und über jede Reise des Landfrauenvereins berichtet wurde. Das war eine schöne Zeit. Die Ent-

wicklung und den Verlust an Identität in den letzten Jahren bedaure ich sehr. Ich bin froh, dass das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest dieses Jahr stattgefunden hat. Das ist Identitätsstiftung, wie die "Thurgauer Zeitung" mitgeholfen hat, dieses Ereignis zu einem Gemeinschaftserlebnis für den ganzen Kanton zu machen. So etwas wird es im gleichen Masse nicht mehr geben, wenn die Zeitung nicht mehr besteht. Wir wollen keine staatliche Presse, da sind wir uns alle einig, doch schlussendlich entscheidet der Markt. Das Problem sind die Inseratevolumen, die Abonnementszahlen und die Konkurrenzierung durch neue Medien, die zur Entwicklung in der Presselandschaft führen. Der Regierungsrat hat eine sehr gute Antwort zur Interpellation gegeben. Er muss sich wirklich dafür einsetzen, dass der Thurgau auch in Zukunft genügend berücksichtigt wird. Ich unterstütze auch die gestellten Forderungen. Hier stehen nicht nur der Regierungsrat und die Politik in der Verantwortung. Wir müssen ebenso einen Appell an die Bevölkerung, die Gesellschaft und die Wirtschaft richten. Sie entscheiden mit, deshalb sind wir alle gefordert. Da kein entsprechendes Gesetz besteht, kann der Regierungsrat nur mit Überzeugung und einer klaren Forderung an die verantwortlichen Verleger appellieren. Es gibt aber einen kleinen Trost: Überall dort, wo Grosses entsteht, gibt es auch Chancen für Nischen. Vielleicht ist es gerade hier so, dass aus den Ruinen neues Leben entsteht.

Vonlanthen, SVP: Wenn mir Kantonsrat Gubser vorwirft, ich hätte vor fünfundzwanzig Jahren seinen Leserbrief zensuriert, betreibt er in diesem Rahmen Geschichtsverfälschung, denn so weit kann er sich nicht zurück erinnern. Allenfalls habe ich seine Leserbriefe redigiert, weil sie nicht so geschliffen waren, wie er heute spricht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Redaktionen leiden tatsächlich und werden ohne jegliche Mitsprache und Anhörung hin- und hergeschoben, damit hat er recht. Auch ich möchte diesen Leuten meine Solidarität erklären. Wäre die "Thurgauer Zeitung" ein Nadelbaum, hätte die GP-Fraktion wahrscheinlich anders reagiert. Hier aber geht es um den kräftigsten Medienbaum im Kanton Thurgau, der Schutz und eine andere Reaktion verdient. Wir werden während unserer Sitzungen nächstes Jahr zu spüren bekommen, dass wir nur noch eine Zeitung vor uns haben.

Lohr, CVP/GLP: Selbstverständlich bin auch ich als Journalist von der Situation betroffen. Ich bedaure es, dass die so genannte Thurgauer Stimme jetzt immer mehr in Frage gestellt wird. Ich verstehe das grosse Pathos, das vor allem von Frauenfelder Seite in die Diskussion eingebracht wurde. Der Thurgau besteht aber nicht nur aus der Region Frauenfeld. Es gibt auch andere Regionen, die in den letzten Jahren sehr stark darunter gelitten haben, dass sie medienmässig immer weiter in den Hintergrund gedrängt wurden. Zu viel lamentieren bringt nichts. Vielmehr müssen wir vorwärts schauen und dafür sorgen, das Leseverhalten von jungen Menschen dahin zu bringen, dass sie sich überhaupt dafür interessieren, was in der Region geschieht. Die lokalen und regionalen Blätter müssen gestärkt werden. Es ist aber falsch, zu behaupten, dass es nur in Steckborn und in

Altnau solche Zeitungen gibt. Wir Politikerinnen und Politiker müssen uns für die Lokalzeitungen einsetzen, sie ernst nehmen und mit den notwendigen Informationen bedienen, denn diese Blätter drucken das ab, was wir ihnen schicken.

Gubser, SP: Ich weise den Vorwurf von Kantonsrat Vonlanthen, mich nicht mehr erinnern zu können, entschieden zurück. Meine Aussagen zur Zensurierung kann ich belegen.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer:** Ich danke für die engagierte und sehr spannende Diskussion und die faire Aufnahme der Antwort des Regierungsrates. Die Forderungen in einzelnen Voten und vom Interpellanten nehmen wir zur Kenntnis. Wir stehen in Kontakt mit den verantwortlichen Personen des "Thurgauer Tagblattes" und machen unseren Einfluss geltend. Die Bundesverfassung garantiert die Medienfreiheit, die man früher Pressefreiheit nannte. Diese Medienfreiheit bedeutet aber nicht nur, dass die Medien frei sind, welche Meinung sie zu welchem Thema vertreten, sondern dass sie darüber hinaus auch frei sind, etwas zu schreiben oder nicht zu schreiben, ihre Zeitung mit vier oder vierzig Seiten herauszugeben, sie gratis anzubieten oder mit einem Abonnementspreis zu versehen, eine neue Zeitung herauszugeben oder nicht mehr weiterzuführen, mit einer anderen zu fusionieren usw. Kantonsrat Dr. Merz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sich der Bund diesbezüglich Massnahmen überlegen sollte. Auf der anderen Seite möchte ich betonen, dass die Medienfreiheit eines der vielleicht wichtigsten Freiheitsrechte in einer Demokratie darstellt. Mit staatlichen Schranken muss man deshalb sehr vorsichtig sein, da sonst die Demokratie gefährdet wird. Bei der verfassungsmässig garantierten Medienfreiheit bestehen rechtlich keine Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten der Behörden. Bei den elektronischen Medien ist der Einfluss der Behörden wegen der Konzessionierungspflicht grösser, aber stark eingeschränkt. Der Einfluss des Regierungsrates auf die Printmedien ist auf das politisch Machbare beschränkt. Damit müssen wir uns abfinden. Beim Kauf der Huber & Co. AG durch die Tamedia AG im Jahr 2005 gaben die Verantwortlichen die in der Interpellationsantwort aufgeführten Zusicherungen ab. Ungeachtet dessen zerschlug die Tamedia AG die traditionsreiche und vorher in schwarzen Zahlen arbeitende Huber & Co. AG innert kürzester Zeit in Stücke und liquidierte Position um Position. Weil wegen der Medienfreiheit keine rechtlichen Möglichkeiten zur Verfügung standen, musste sich der Regierungsrat mit dem Ausdruck der Enttäuschung und schweizweit unüberhörbar lautstarkem Protest begnügen. Ab 2011 wird der Kanton Thurgau nur noch über eine Tageszeitung verfügen. Vermutlich gehen langfristig auch Arbeitsplätze verloren, was wir sehr bedauern. Bei aller Trauer und allem Kummer darf man aber auch die bestehenden Chancen nicht übersehen. Vielleicht rücken mit der Übernahme der westliche und östliche Thurgau dank einer einzigen und gemeinsamen Tageszeitung etwas näher zusammen. Der Zusammenschluss kann auch eine Chance sein, dass mehr statt weniger über den Kanton und die Regionen berichtet

wird. Zurzeit werden wir durch zwei Zeitungen verwöhnt, die über unsere Politik berichten. Der Vergleich mit dem "Tagesanzeiger" und der "Zürcher Zeitung" zeigt, dass diese weniger über ihre Politik berichten. Es wäre natürlich schön, wenn wir unseren guten Stand behalten könnten. Es ist nicht richtig, dass in der neuen Zeitung nur ein Bund über die kantonale und regionale Politik geplant ist. Es ist eine sehr ausführliche Berichterstattung über den Kanton und die Region vorgesehen. Das wurde uns von den verantwortlichen Personen des "Tagblattes" mitgeteilt. Wir müssen auch der Tatsache ins Auge schauen, dass nur noch wenige Kantone über das Privileg verfügen, mehr als eine abonnierte Tageszeitung zu haben. Eine ordentliche Anzahl von Kantonen hat sogar keine eigene Tageszeitung mehr. Ich bin zuversichtlich, dass wir weiterhin eine sehr gute Tageszeitung haben werden. Zu beachten gilt auch, dass im Gegensatz zu früher für die Informationsbeschaffung nicht nur die abonnierten Tageszeitungen, sondern eine grössere Auswahl anderer Medien zur Verfügung stehen. Den Einfluss der kleinen örtlichen und regionalen Gratis- und Abonnementzeitungen darf man nicht unterschätzen. Sie berichten sehr gut über das, was in der Region geschieht, und sie können auch politisch Einfluss nehmen. Schliesslich gibt es heute neben dem Schweizer Radio und Fernsehen auch Lokalfernsehen wie beispielsweise Tele top, das sich stark um Thurgauer Belange kümmert. Es ist also um die Bürgerinnen und Bürger nicht so schlecht bestellt, wie der Interpellant glauben machen wollte. Als Fazit stelle ich drei Punkte fest: 1. Der Einfluss der Behörden auf die Entwicklung der Printmedien ist rechtlich völlig beschränkt und faktisch eingeschränkt, entspricht aber der Bundesverfassung. 2. Wir haben einen Verlust zu verschmerzen. Es ist sehr bedauerlich, dass wir in Zukunft nur noch eine statt zwei abonnierte Tageszeitungen haben werden. 3. Der Zusammenschluss eröffnet allenfalls neue Möglichkeiten für den kantonalen Zusammenhalt und für einen verstärkten Informationsfluss. Der Regierungsrat hofft, dass wenigstens diese Chance von allen genutzt wird.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.